

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 02 | 13.01.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 1/2017](#)

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird (**3. Grundstücksverkehrs-Änderungsvereinbarung** – 3. GruVe-ÄVE) (Rechtssicherheit insbesondere für die Bundesländer, wie sie die grundverkehrsrechtlichen Verfahren in den Landesgesetzen an die geänderten Verhältnisse bei der Rechtsnachfolge von Todes wegen anpassen können)

[BGBl I 2/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 32 Abs 1 des Verwaltungsgerichtsverfahrgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 3/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996** geändert wird (Festlegung einer einheitlichen Regelung zur verpflichtenden Mitnahme von Assistenzhunden in Fahrzeugen, um der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen, die die Unterstützung eines Assistenzhundes benötigen, entgegenzuwirken; Entsprechung der Bestimmung des Bundes-Behindertengleichstellungsg)

[BGBl I 4/2017](#)

Bundesgesetz über die **Enteignung der Liegenschaft Salzburger Vorstadt Nr. 15, Braunau am Inn** (Eröffnung der Möglichkeit durch den Eigentumsübergang auf den Bund auf Basis des EnteignungsG mittels einer positiven Nutzung einen deutlichen Kontrapunkt zur historischen Stellung dieses Hauses zu setzen)

[BGBl I 5/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesstraßengesetz 1971** geändert wird (Entfall der Wirtschaftlichkeitsprüfung im Trassenfestlegungsverfahren; detailliertere Regelungen hinsichtlich der Prüfung volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Aspekte bei Bundesstraßenvorhaben durch das BMVIT und die ASFINAG; Ergänzung um ein in der Praxis gebräuchliches Zustimmungssurrogat bei der Umsetzung von objektseitigen Lärmschutzmaßnahmen)

[BGBl I 6/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (**28. StVO-Novelle**) (Entfall der besonderen behördlichen Ermächtigung zur Vornahme von Alkomatuntersuchungen für Angehörige der Bundespolizei; Einführung einer neuen Zusatztafel mit dem Symbol eines Steckers, welche iVm einem Zeichen „Halten und Parken verboten“ besagt, dass an dieser Stelle das Halten und Parken für alle Fahrzeuge mit Ausnahme von Elektrofahrzeugen verboten ist; Definition des Elektrofahrzeugs; Erweiterung der Verwendungsmöglichkeit von Bildmaterial aus bildgebenden Überwachungsverfahren auf abschließend aufgezählte Fälle von Übertretungen der Verkehrsvorschriften)

[BGBl II 10/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 6. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**6. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

[BGBl II 12/2017 \(Anlage 1\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, mit der die **Apothekerkammer-Wahlordnung 2001** geändert wird

[BGBl II 14/2017 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend den **Frauenförderungsplan** für das Bundesministerium für Finanzen

[BGBl II 16/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über das **Ergebnis der Wahl des Bundespräsidenten**

[BGBl III 5/2017 \(Anlage 1\)](#)

Abkommen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik **Österreich** und der Zivilluftfahrtbehörde des Königreichs **Belgien** über die Durchführung von Artikel 83bis des **Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 6 v 11.01.2017, 1](#)

Mitteilung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik **Kolumbien** über die **Befreiung** von der **Visumpflicht** für **Kurzaufenthalte**

[ABl L 7 v 12.01.2017, 18](#)

Beschluss (GASP) 2017/50 des Rates vom 11. Januar 2017 zur Änderung des Beschlusses 2014/219/GASP über die **GSVP-Mission** der Europäischen Union in **Mali** (EUCAP Sahel Mali)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.11.2016, [V 39/2016](#)

Tir BauO; Aufhebung einer Verordnung der Gemeinde Grins über den **Mindestabstand zwischen baulichen Anlagen** und Gemeindefstraßen wegen fehlender gesetzlicher Grundlage

24.11.2016, [E 178/2016 ua](#)

BFA-VerfahrensG; Aufhebung des angefochtenen **Erkenntnisses des BVwG** infolge Anwendung einer **verfassungswidrigen Gesetzesbestimmung**

01.12.2016, [E 1110/2015 ua](#)

RotkreuzG; das im RotkreuzG normierte **exklusive Verwendungsrecht des Rotkreuzzeichens zugunsten des Roten Kreuzes** stellt keine Verletzung im Recht auf Eigentum dar; keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes; der Schutz des Logos dient der „Unterscheidbarkeit des Roten Kreuzes“, damit dieses seine völkerrechtlichen Aufgaben erfüllen kann

02.12.2016, [G 15/2016](#)

ZivilprozessO; Abweisung eines Gerichtsantrags auf **Aufhebung von Bestimmungen der ZivilprozessO** betreffend die Abwendung der Verpflichtung zum Erlag einer Prozesskostensicherheit durch Leistung eines Paupertätseids; nur finanziell leistungskräftige ausländische Kläger von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung betroffen; **keine Wahlmöglichkeit zwischen Eidesleistung und Erlag der aktorischen Kautio**; Unbedenklichkeit der Regelungen angesichts der - darin zum Ausdruck kommenden - Interessenabwägung des Gesetzgebers zwischen den Interessen des ausländischen Klägers hinsichtlich eines effektiven Zugangs zu Gericht und dem Interesse des Beklagten hinsichtlich der Leistung einer Prozesskostensicherheit

02.12.2016, [G 647/2015](#)

VfGG; keine Verfassungswidrigkeit der **generellen Ausnahme des Insolvenzverfahrens** von der Möglichkeit der **Stellung eines Parteienantrags auf Normenkontrolle** im Hinblick auf die gebotene enge Auslegung des Ausnahmetatbestands und den besonderen Zweck der zu subsumierenden Verfahren

12.12.2016, [G 88/2016 ua](#) (Anlassfall [E 2383/2015](#))

UniversitätsG; **StudienbeitragsVO**; Gleichheitswidrigkeit einer Bestimmung des UniversitätsG über den **Erlaß bzw die Rückerstattung des Studienbeitrags** wegen Inanspruchnahme durch Erwerbstätigkeit; unsachliche Auswirkungen der Regelung infolge Abstellens auf ein Jahreseinkommen im einkommensteuerrechtlichen Sinn; Aufhebung der in Prüfung gezogenen Bestimmungen der StudienbeitragsVO mangels gesetzlicher Grundlage

13.12.2016, [E 729/2016](#)

ParteienG; die **Beschränkung von Wahlwerbungskosten** auf einen Höchstbetrag widerspricht nicht der **Meinungsfreiheit**; kein Widerspruch zur **Betätigungsfreiheit politischer Parteien**; keine Überschreitung des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums, da die Regelung der Chancengleichheit zwischen Parteien mit unterschiedlichen Vermögenslagen dient

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

10.10.2016, [Ro 2014/17/0114](#)

Rinderkennzeichnungs-VO; dem EuGH werden folgende Fragen zur **Vorabentscheidung** vorgelegt: Steht das Unionsrecht einer nationalen Vorschrift entgegen, die für die Einhaltung der **Meldefrist** hinsichtlich des **Sommerweideauftriebs** den Eingang dieser Meldung als maßgeblichen Zeitpunkt erklärt; Welche Auswirkungen hat Art 117 UAbs 2 der VO (EG) 73/2009 auf die Prämienfähigkeit von Rindern, deren Auftrieb auf die Sommerweide verspätet gemeldet wurde; Sind im Fall, dass die verspätete Mitteilung des Sommerweideauftriebs nicht zum Verlust der Prämienfähigkeit führt, wegen der verspäteten Meldung Sanktionen zu verhängen?

09.11.2016, [Ra 2016/19/0156](#)

GerichtsorganisationsG; Bestellung einer Verfahrenshelferin durch den Ausschuss der Rechtsanwaltskammer; Nichtbestehen einer Rechtsgrundlage für die Zustellung eines solchen Bescheids im Wege der „**Teilnehmer-Direktzustellung**“; insbesondere bildet der vom Rw ins Treffen geführte § 89d Abs 2 GerichtsorganisationsG keine solche; diese Bestimmung stellt auf elektronisch übermittelte gerichtliche Erledigungen und Eingaben ab, wozu der ggst **Bestellungsbescheid** zweifellos nicht zu zählen ist

23.11.2016, [Ra 2016/04/0021](#)

BundesvergabeG; beim **ORF** handelt es sich um einen **öffentlichen Auftraggeber**, der bei der Vergabe von Aufträgen den Bestimmungen des BundesvergabeG unterliegt; für **Rechtsanwälte** besteht eine **Auskunftspflicht** gegenüber dem BVwG nach § 313 BundesvergabeG, wenn sie für den Auftraggeber als vergebende Stelle tätig werden; Rechtsanwälte können in diesem Fall nicht von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen

13.12.2016, [2013/05/0047](#)

BauO für Wien; Antrag auf Erlassung eines Feststellungsbescheids über die **Frage des Bestehens einer Baubewilligung**; dem Bf ist **ein rechtliches Interesse an der Feststellung** zuzubilligen, ob die in seinem Wohnungseigentum stehende Top 5 baurechtlich zur Nutzung als Wohnung bewilligt wurde; dazu kommt, dass der Bf auf Grund der zum Zeitpunkt seines Feststellungsantrags ungeklärten Rechtslage der Gefahr der Bestrafung ausgesetzt war

13.12.2016, [Ro 2014/05/0078](#)

Oö BauO; Erteilung der **Baubewilligung** für die Errichtung eines Zubaus; **div Nachbareinwendungen**; Ausnahmeregelung im ggst Bebauungsplan; Möglichkeit der Errichtung eines erdgeschossigen Haupt- oder Nebengebäudes bis an die Grundstücksgrenze, wenn damit der Bereich zwischen dem bisherigen Gebäude und der seitlichen Grundstücksgrenze (also dieser Zwischenraum) „geschlossen wird“ und der Bau in diesem Zwischenraum errichtet wird; ein Bauvorhaben, mit dem nicht bloß ein solcher Zwischenraum „geschlossen wird“, sondern das über diesen Zwischenraum hinausgeht, erfüllt nicht die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung

16.12.2016, [Ra 2014/02/0087](#)

StraßenverkehrsO; Verhängung einer Geldstrafe wegen **Verweigerung der Atemluftuntersuchung** auf Alkoholgehalt; der objektive Tatbestand des § 5 Abs 2 StraßenverkehrsO ist bereits mit der Weigerung, sich dem Alkotest zu entziehen, vollendet; unerheblich ist, ob in der Folge das Nichtvorliegen einer Alkoholisierung festgestellt wurde

16.12.2016, [Ra 2016/02/0201](#); [Ra 2016/02/0202](#); [Ra 2016/02/0203](#)

WertpapieraufsichtsG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Übertretung des WertpapieraufsichtsG; die Wendung „Informationen über die **Kenntnisse und Erfahrungen des Kunden** im Anlagebereich“ in § 44 Abs 2 Z 3 WertpapieraufsichtsG lässt keinen Raum für die vom Rw vertretene Ansicht, der Kunde könne bei einer höheren Einstufung seiner „Kenntnisse“ oder seiner „Erfahrungen“ in die sich daraus ergebende höhere Risikoklasse eingestuft werden; das Gesetz verlangt nämlich die Einholung von Informationen sowohl über die Kenntnisse als auch über die Erfahrungen des Kunden und gebietet demnach eine **einheitliche Beurteilung bzw Einstufung** nach diesen Kriterien

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 29.11.2016, [W170 2140135-1](#)

ÄrzteG; im Rahmen des § 117c Abs 1 Z 6 ÄrzteG ist das **BVwG unzuständig**; dies ergibt sich einerseits aus den zugrundeliegenden Kompetenztatbeständen des Art 10 B-VG, welche in der Rechtspraxis im Wesentlichen von den LVwG wahrgenommen werden und zusätzlich aus der Tatsache, dass **keine andere Nähe zur unmittelbaren Bundesverwaltung** zu erkennen ist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[11.01.2017](#), [Rs C-128/15](#), [Spanien / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – **Fischerei** – Verordnung (EU) Nr 1380/2013 – Verordnung (EU) Nr 1367/2014 – Gültigkeit – **Fangmöglichkeiten** – **Vorsorgeansatz** – Grundsatz der relativen Stabilität der Fangtätigkeiten – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Grundsatz der Gleichbehandlung – Rundnasen-Grenadier und Nordatlantik-Grenadier

11.01.2017, Rs C-289/15, Grundza

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Art 7 – **Bedingung der beiderseitigen Strafbarkeit** – Art 9 – Aus dem Fehlen der beiderseitigen Strafbarkeit abgeleiteter Grund für die **Versagung der Anerkennung und Vollstreckung** – Im Ausstellungsstaat wegen Nichtbefolgung einer Entscheidung eines Trägers öffentlicher Gewalt verurteilter Staatsangehöriger des Vollstreckungsstaats

11.01.2017, Rs C-491/15 P, Typke / Kommission

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten der Organe** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 3 – Begriff des Dokuments – Art 2 Abs 3 – Dokumente eines Organs – Qualifizierung der in einer Datenbank enthaltenen Informationen – **Verpflichtung zur Erstellung eines nicht vorhandenen Dokuments** – Fehlen – Vorhandene Dokumente, die **aus einer Datenbank extrahiert** werden können

12.01.2017, Rs C-411/15 P, Timab Industries und CFPR / Kommission

Rechtsmittel – **Kartelle** – Europäischer **Markt für Tierfutterphosphate** – Zuweisung von Absatzquoten, Preisabsprachen, Absprachen über die Verkaufsbedingungen und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – **Rückzug der Rechtsmittelführerinnen vom Vergleichsverfahren** – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung – Schutz des berechtigten Vertrauens und der Gleichbehandlung – **Angemessene Verfahrensdauer**

B. SCHLUSSANTRÄGE

10.01.2017, Rs C-529/15, Folk (GA Bobek)

Richtlinie 2004/35/EG – Umwelthaftung – **Betrieb einer Wasserkraftanlage** – Bewilligung und Betrieb vor Ablauf der für die Richtlinie geltenden Umsetzungsfrist – Zeitliche Begrenzung der Anwendung – Definition der **ökologischen Schädigung der Gewässer** – Nationale Rechtsvorschriften über die **Ausnahme für Schäden**, die durch eine Bewilligung gedeckt sind – Ausnahme für negative Auswirkungen in Fällen, in denen Art 4 Abs 7 der Richtlinie 2000/60/EG Anwendung findet – **Zugang zu den Gerichten** in Umweltangelegenheiten – Befugnis zur Einleitung eines Prüfungsverfahrens – Personen, die betroffen oder wahrscheinlich betroffen sind

10.01.2017, Rs C-682/15, Berlioz Investment Fund (GA Wathelet)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/16/EU – Art 1 Abs 1 – Art 5 – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – **Informationsaustausch zwischen Steuerverwaltungen** – Begriff der ‚voraussichtlichen Erheblichkeit‘ der erbetenen Informationen – **Weigerung** eines im ersuchten Staat ansässigen Dritten, **bestimmte Informationen zu übermitteln** – Sanktionen – Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Art 51 Abs 1 – **Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf** – Rechtsbehelf gegen ein Informationsersuchen an einen Dritten

12.01.2017, Rs C-217/15 und C-350/15, Orsi (GA Campos Sánchez-Bordona)

Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Nationale Regelung, die für ein- und denselben Sachverhalt (Nichtabführung der Mehrwertsteuer) eine **verwaltungsrechtliche und eine strafrechtliche Sanktion** vorsieht – **Verletzung des Grundsatzes ne bis in idem**

12.01.2017, Rs C-617/15, Hummel Holding (GA Tanchev)

Vorabentscheidungsersuchen – Geistiges Eigentum – Unionsmarke – Internationale Zuständigkeit – **Erweiterte Zuständigkeit**, die sich auf das gesamte Gebiet der Gemeinschaft erstreckt – actor sequitur forum rei – Begriff der ‚Niederlassung‘ in Art 97 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 über die Gemeinschaftsmarke – **Klage** gegen ein **außerhalb der Europäischen Union ansässiges Unternehmen** wegen **Markenverletzung** – **Zuständigkeit aufgrund des Sitzes** der juristisch selbständigen Tochtergesellschaft eines drittstaatlichen Unternehmens in einem Mitgliedstaat

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.01.2017, Beschwerde Nr [29086/12](#), *Osmanoğlu und Kocabaş / Schweiz*

Keine Verletzung von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); **Verweigerung** einer **Ausnahmegenehmigung** für die Töchter der Bf, aus **religiösen Gründen** nicht am **Schwimmunterricht** der Schule teilnehmen zu müssen, als **gerechtfertigter** Eingriff in das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; wesentliche Bedeutung der schulischen Ausbildung zur sozialen Integration

10.01.2017, Beschwerde Nr [32407/13](#), *Kacper Nowakowski / Polen*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionswidrige **Verweigerung** der Ausweitung bzw **Erleichterung der Kontaktrechte** des **taubstummen** bf **Vaters** zu seinem ebenfalls **hörbeeinträchtigten Sohn**; unzureichende Abwägung bzw Ausschöpfung gesetzlich vorgesehener Möglichkeiten, den Kontakt trotz der körperlichen Beeinträchtigung zu pflegen

12.01.2017, Beschwerde Nr [74734/14](#), *Saumier / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); konventionskonforme **unterschiedliche gesetzliche Voraussetzungen** im Hinblick auf Personen, die **Gesundheitsschäden am Arbeitsplatz** erleiden, für deren Ursache der Arbeitgeber verantwortlich ist, und Personen, die Gesundheitsschäden erleiden, deren Ursache anderen Personen (als dem Arbeitgeber) zurechenbar ist

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.